

Zürich

Mehr für die Umwelt

Das Seco lehnt die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» ab. Ihren ökologischen Fussabdruck soll die Schweiz jedoch verbessern. **SEITE 19**

Was lange währt

Nach über zehn Jahren Suche stiess ein Australier auf riesige Goldklumpen. Den Erlös will er allerdings aufteilen. **SEITE 32**



Die Betreuung von Kindern in Krippen soll für die Eltern günstiger werden.

Heinz Diener

Heimatschutz gibt im Fall Manor auf

RECHTSSTREIT Der Zürcher Heimatschutz (ZVH) akzeptiert den Entscheid des Verwaltungsgerichts, dass das Manor-Gebäude an der Zürcher Bahnhofstrasse kein Warenhaus bleiben muss.

Der Entscheid, die Beschwerde nicht weiter an das Bundesgericht zu ziehen, habe der Vorstand am Mittwochabend einstimmig gefällt, hiess es gestern beim Zürcher Heimatschutz (ZVH). Gemäss Mitteilung wird Denkmalschutz unbezahlbar.

Das Zürcher Verwaltungsgericht war mit seinem Mitte August veröffentlichten Urteil dem Baurekursgericht gefolgt. Es befand, dass die Nutzung als Warenhaus nicht unter Schutz gestellt werden kann, da dazu die gesetzliche Grundlage fehlt.

Mietgerichtsurteil noch offen

Die Eigentümerin der Liegenschaft, der Versicherungskonzern Swiss Life, will das traditionsreiche Gebäude umbauen und umnutzen: Die Verkaufsflächen vom ersten Unter- bis ins erste Obergeschoss sollen künftig von Boutiquen genutzt werden, die darüberliegenden Geschosse als private Büroräume. Das wäre das Ende für das Warenhaus an der Bahnhofstrasse, das seit 1984 von Manor betrieben wird.

Der Mietvertrag für Manor lief Ende Januar 2014 aus, er enthält jedoch eine Option auf Verlängerung bis 2019. Über eine allfällige Verlängerung muss das Mietgericht entscheiden. Noch hängig ist zudem der Rechtsstreit zwischen Manor und Swiss Life um die Konditionen des Mietvertrages. Der Fall ist derzeit am Handelsgericht hängig. Warenhausmieterin Manor macht im seit mehreren Jahren laufenden Verfahren geltend, dass sie mit überhöhten Mietzinsforderungen zum Auszug gedrängt werde. *sda*

Unternehmen sollen mehr bezahlen

KINDERBETREUUNG Die Kinderbetreuungsinitiative fordert, dass Arbeitgeber mit einer neuen Abgabe die externe Kinderbetreuung subventionieren. Profitieren davon sollen Eltern mit mittlerem Einkommen.

Die externe Betreuung von Kindern im Vorschulalter geht für die Eltern ins Geld. Der Volltarif beträgt über 100 Franken pro Betreuungstag. Die von der Alternativen Liste (AL) lancierte Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» fordert die Schaffung eines Fonds, aus dem die Gemeinden Geld beziehen können, um Betreuungsplätze zu subventionieren. So hätten mehr Eltern als bisher die Möglichkeit, ihre Kin-

dass nach dem Bezahlen der Betreuungskosten und der Steuern für das zusätzliche Einkommen noch viel davon übrig bleibt», sagt sie.

Finanziert werden soll der Fonds mit einer Abgabe von 2 bis 5 Promille auf die AHV-pflichtige Lohnsumme von Unternehmen. Pro 10 000 Franken Lohnsumme wären also 20 bis 50 Franken fällig. Die Initianten gehen davon aus, dass beim Minimalsatz von

2 Promille rund 120 Millionen Franken jährlich in den Fonds fließen würden.

Von der Kinderbetreuung würden nicht nur die Eltern, sondern auch die Unternehmen profitieren, weil so mehr Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt verfügbar seien. «Wer den Nutzen hat, soll auch die Kosten mittragen», sagt Badran. Ein grosser Teil der Unternehmen würde mangels Gewinnen gar keine Steuern bezahlen. Mit einer Abgabe auf die Lohnsumme würden künftig auch sie zur Kasse gebeten.

Dem Komitee «Kinderbetreuung Ja» gehört neben Vertretern von AL, SP, BDP und GLP auch eine SVP-Politikerin an. Ursula Fehr, Gemeindepräsidentin von Eglisau, unterstützt die Initiative aufgrund ihrer früheren Erfahrungen als berufstätige Mutter, wie sie an der Medienkonferenz des Komitees sagte. «Aber auch in unserer Gemeinde sehe ich, welch grossen Stellenwert die familienergänzende Kinderbetreuung hat.»

Gegen weitere Abgaben

Im Komitee «Nein zur Krippensteuer» finden sich vorwiegend Vertreter der bürgerlichen Parteien FDP, SVP und CVP sowie der Wirtschaftsverbände. Die Initiative sei «absolut keine gute Idee», sagt Regine Sauter (Nationalrätin FDP und Direktorin der Zürcher Handelskammer). Gegen das Anliegen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, habe man zwar nichts. «Aber es ist nicht Aufgabe der Wirtschaft, Eltern finanziell

«Es ist nicht Aufgabe der Wirtschaft, Eltern finanziell zu entlasten.»

Regine Sauter,
Nationalrätin FDP
und Direktorin
Zürcher Handelskammer

vermindern. «Statt die hohen Kosten einfach umzuverteilen, sollte man sich überlegen, wie man sie senken kann», sagt Sauter. Gemeint sind die zahlreichen Anforderungen, die Krippen einhalten müssen. «Krippen können beispielsweise nur in 10er- oder 12er-Gruppen eröffnet werden», sagt Nicole Barandun, Präsidentin der CVP Kanton Zürich und Präsidentin des Städtzürcher Gewerbeverbandes. «Möchte man also für 13 Kinder Platz finden, muss es gleich Raum für 24 geben.» Auch die baulichen Anforderungen seien teilweise absurd hoch. «Ich sehe nicht ein, warum beispielsweise die Angestellten und die Kinder ihre Schuhe und Jacken nicht in der derselben Garderobe ausziehen können.»

Barandun weist auch darauf hin, dass die Betreuungskosten für Kinder deutlich sinken, sobald diese die Schule besuchen würden. «Es ist eine relativ kurze Zeit, in welcher effektiv hohe Kosten anfallen. Die Eltern sollten diese allenfalls auch als Investition in die Zukunft der beruflichen Laufbahn der Mütter betrachten, welche dafür keine oder weniger Ausfälle in der beruflichen Vorsorge haben, sich ihre Karrierechance erhalten und beruflich am Ball bleiben.»

Die meisten Parteien haben mittlerweile ihre Parole zur Kinderbetreuungsinitiative gefasst. Unterstützt wird sie von SP, Grünen, EVP, BDP und AL. Die GLP hat Stimmfreigabe beschlossen. SVP, FDP und CVP lehnen die Initiative ab. *Philipp Lenherr*

zu entlasten.» Die neue Abgabe würde dazu führen, dass die bereits hohen Lohnkosten im Kanton Zürich weiter steigen und die steuerliche Attraktivität des Standorts sinken würde.

Hans Rutschmann, Präsident Kantonalen Gewerbeverband, warnte an der gestrigen Medienkonferenz vor der zusätzlichen Belastung, welche die neue Abgabe den KMU aufbürden würde.

Besser Kosten senken

Die Gegner der Initiative sehen andere Möglichkeiten, die finanzielle Belastung von Eltern zu

ABSTIMMUNG

Bezahlbare Kinderbetreuung

der zu vergünstigten Tarifen betreiben zu lassen. Im Fokus stehen dabei Eltern mit mittlerem Einkommen.

Firmen als Nutzniesser

Jacqueline Badran, SP-Nationalrätin und Mitglied des Pro-Komitees für die Initiative, veranschaulicht die finanzielle Situation vieler arbeitstätiger Eltern anhand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres eigenen Unternehmens: «30 Personen arbeiten bei uns, 13 davon sind Eltern. Alle, die Kinder bekommen haben, sind in der Firma geblieben und haben ihr Pensum reduziert. Sie verdienen zu viel, um Anspruch auf vergünstigte Kinderbetreuungsplätze zu haben, aber sie verdienen zu wenig,

«Wer den Nutzen hat, soll auch die Kosten mittragen.»

Jacqueline Badran,
Nationalrätin SP
und Unternehmerin